



## **Verwaltung**

Herr Michael Sarach  
Herr Marcel Grindel  
Herr Dieter Jötten  
Frau Birgit Reuter

Protokollführerin

## **Entschuldigt fehlt/fehlen**

### **Stadtverordnete**

Herr Gerhard Bartel  
Frau Carola Behr  
Herr Thomas Bellizzi  
Frau Doris Brandt  
Herr Claas-Christian Dähnhardt  
Herr Jürgen Eckert  
Frau Susanna Hansen  
Herr Timo Hennig  
Herr Detlef Levenhagen  
Frau Nadine Levenhagen  
Frau Susanne Lohmann  
Herr Ali Haydar Mercan  
Herr Marcus Olszok  
Herr Bernd Röper  
Frau Karen Schmick  
Herr Matthias Stern  
Frau Silke von Stockum  
Herr Nils Warnick

## **Behandelte Punkte der Tagesordnung:**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 04/2020 vom 28.09.2020
7. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 05/2020 vom 26.10.2020
8. Einwände gegen die Niederschrift Nr.06/2020 vom 23.11.2020
9. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
  - 9.1. Berichte gem. § 45 c GO — **k e i n e** —
  - 9.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
    - 9.2.1. Finanzbericht Nr. 13/2020
    - 9.2.2. Erstattung pandemiebedingter Aufwendungen
    - 9.2.3. Verpflichtung des Tragens einer Mund-Nasen-Bedeckung
    - 9.2.4. Sachstand "Umkleidehaus Stormarnplatz"
10. 4. Änderungssatzung zur Hauptsatzung **2020/139**
  - Widerspruch des Bürgermeisters gegen den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23.11.2020
  - Vorlage und Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung am 23.11.2020
11. Änderung der Richtlinie der Stadt Ahrenburg für die Umsetzung des "Ahrensburger Stadtgeldes" **2020/141**
12. Übertragung der Sportanlage Reeshoop an den Ahrensburger Turn- und Sportverein von 1874 e. V. **2020/098/1**  
Nutzungsvertrag
13. Aufstellung eines Bücherschranks in der Kirschplantage Ahrenburg **2020/119**

14. Antrag der SPD-Fraktion betreffend Fraktionszuschuss **AN/091/2020**
15. Antrag der SPD-Fraktion "Luftreinigungsgeräte für Ahrensburger Schulen" **AN/093/2020**
16. Jahresabschlussworte des Bürgervorstehers

## **1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Bürgervorsteher Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Diese Sitzung findet aufgrund der Corona-Pandemie im Einvernehmen der Fraktionen im Pairingverfahren statt.

## **2. Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Bürgervorsteher Wilde stellt die Beschlussfähigkeit fest.

## **3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26.10.2020 wurden folgende Beschlüsse in nichtöffentlicher Sitzung gefasst:

### **1. Grundstücksangelegenheit, Vorlagen-Nr. 2020/084**

Die Stadt Ahrensburg schließt eine Vergleichsvereinbarung mit CURATA Immobilien GmbH & Co. KG, Karlsruhe, und erstattet Mehrkosten in Höhe von 71.121,03 € brutto, die der CURATA in Zusammenhang mit nicht kartierten Leitungsfunden auf dem Grundstück Lindenhof entstanden sind.

### **2. Grundschule am Hagen, Vorlagen-Nr. 2020/111**

1. Die Grundschule (GS) Am Hagen wird mit Beginn des Schuljahres 2021/2022 (ab 01.08.2021) als Offene Ganztagschule (OGS) geführt. Die Stadt Ahrensburg stellt einen Antrag auf Genehmigung der OGS - gemäß § 6 SchulG - an das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein. Der Antrag basiert auf dem pädagogischen Konzept der Grundschule Am Hagen (s. Vorlagen-Nr. 2020/034).
2. Für die Durchführung der OGS wird inab- Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft des bfw mbH aus Erkrath (bei Düsseldorf) als Kooperationspartner (gemäß der der Vorlage beigefügten Kooperationsvereinbarung) beauftragt. Die erforderlichen Mittel für 2021 in Höhe von 270.000 € werden im III. Nachtragshaushaltsplan bereitgestellt.
3. Die Finanzierungsvereinbarung für den Hort Hagen mit der AWO Soziale Dienstleistungen gGmbH wird fristgemäß - bis 30.11.2020 - zum 31.07.2021 gekündigt.

**4. Einwohnerfragestunde**

Die Beantwortung der von Herrn Dzubilla schriftlich eingereichten Fragen sind als **Anlage** der Niederschrift beigefügt.

**5. Festsetzung der Tagesordnung**

Die Stadtverordneten stimmen der mit Einladung vom 03.12.2020 versandten Tagesordnung einstimmig zu.

**6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 04/2020 vom 28.09.2020**

Es bestehen keine Einwände gegen die Niederschrift.

**7. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 05/2020 vom 26.10.2020**

Es bestehen keine Einwände gegen die Niederschrift.

**8. Einwände gegen die Niederschrift Nr.06/2020 vom 23.11.2020**

Es bestehen keine Einwände gegen die Niederschrift.

**9. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters**

**9.1. Berichte gem. § 45 c GO**

— *keine* —

## **9.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen**

### **9.2.1. Finanzbericht Nr. 13/2020**

Die Verwaltung erläutert den Finanzbericht Nr. 13/2020 (siehe **Anlage**).

### **9.2.2. Erstattung pandemiebedingter Aufwendungen**

Die Verwaltung berichtet, dass Mittel zur Reduzierung von Verlusten im Bereich des Einzelhandels und ähnlichen Einrichtungen aufgrund der Corona-Pandemie in Höhe von 85.000 € im Haushalt zur Verfügung gestellt worden sind; von den zur Verfügung gestellten 85.000 € sind bisher 60.000 € als erstattungsfähig anerkannt worden. Der Etat ist noch nicht ausgeschöpft.

### **9.2.3. Verpflichtung des Tragens einer Mund-Nasen-Bedeckung**

Bürgermeister Sarach berichtet über die Verunglimpfung von Personen im Innenstadtbereich aufgrund des Nichttragens einer Maske. Im Einzelfall würden auch Befreiungen von der Tragung einer Maske erteilt werden.

### **9.2.4. Sachstand "Umkleidehaus Stormarnplatz"**

Der Sachstand zum Projekt „Umkleidehaus Stormarnplatz“ ist als **nicht öffentliche Anlage** diesem Protokoll beigefügt.

**10. 4. Änderungssatzung zur Hauptsatzung**  
**- Widerspruch des Bürgermeisters gegen den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23.11.2020**  
**- Vorlage und Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung am 23.11.2020**

Bürgervorsteher Wilde berichtet, dass er den Widerspruch des Bürgermeisters gem. § 43 Abs. 4 der Gemeindeordnung (GO) erhalten hat und dieser sämtlichen Stadtverordneten im Ratsinformationssystem/Bürgerinformationssystem der Stadt Ahrensburg zur Verfügung gestellt worden ist.

Stadtverordneter Stukenberg von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass der Widerspruch die Sachlage nicht ändere, dass der Vorschlag für Bündnis 90/Die Grünen nicht tragbar sei, da sich die Stadtverordneten nicht der Gefahr einer Hetze aussetzen wollten. Wenn dem Widerspruch stattgegeben werden würde, würde das Land nicht erkennen, dass es hiermit ein Problem auf kommunaler Ebene geben würde. Er hofft, dass das Gesetz nachgebessert werde. Die Argumente seien bereits ausgetauscht worden.

Stadtverordneter Randschau führt aus, dass die SPD-Fraktion ebenfalls der Vorlagen-Nr. 2020/139 nicht zustimmen wird. Bei Zustimmung zu dem Beschlussvorschlag würde der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aufgehoben werden. Auch an verantwortlicher Stelle sollte jedoch verdeutlicht werden, dass hier ein Problem bestehe. Dem Widerspruch sollte deshalb nicht stattgegeben werden.

Stadtverordneter Kleinschmidt von der CDU-Fraktion führt aus, dass die CDU-Fraktion der Vorlagen-Nr. 2020/139 zustimmen werde, da ansonsten ein langwieriges Verfahren befürchtet werde, zumal ohnehin die Problematik aufgrund anderer Gemeinden, die ebenfalls eine Internetübertragung nicht befürworten, beim Land bekannt sein dürfte. Die CDU-Fraktion wird der Vorlagen-Nr. 2020/133 nicht zustimmen. Er befürwortet eine Form der Übertragung in die Öffentlichkeit in dem Missbrauch verhindert werde. Auf kommunaler Ebene seien ausschließlich ehrenamtlich Tätige in der Politik tätig und nicht Berufspolitiker wie auf Landes- und Bundesebene mit entsprechender personeller und technischer Unterstützung. Bild- und Tonbandaufnahmen durch Dritte seien bei den herkömmlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung nicht erlaubt.

Stadtverordneter Proske von der SPD-Fraktion erklärt, dass Vertreter der Landtagsfraktion der SPD unter Einbeziehung eines juristischen Referenten der Auffassung seien, dass die Öffentlichkeit beteiligt werden müsse. Ob eine Übertragung in Bild und Ton zwingend sei, lasse sich aus dem Gesetz nicht eindeutig entnehmen. Rechtsprechung hierzu liege noch nicht vor. Der Städteverband sollte Alternativen zur Liveübertragung klären. Der neue § 35 a GO beinhalte den Zusatz im Gesetzestext „oder mit vergleichbarer Einbindung in das Internet“. Was heißt „vergleichbare „Einbindung über das Internet“? Wie sieht diese Alternative aus?

Stadtverordneter Stukenberg von der FDP-Fraktion wird sich der Stimme enthalten, da die Angelegenheit noch nicht entscheidungsreif sei.

Anschließend wird über den Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2020/139, der wie folgt lautet, abgestimmt:

„Die Stadtverordnetenversammlung gibt dem Widerspruch des Bürgermeisters statt und hebt den Beschluss zur 4. Änderungssatzung der Hauptsatzung auf.“

**Abstimmungsergebnis:**            **11 dafür**  
   **11 dagegen**  
   **1 Enthaltung**

Der Beschlussvorschlag ist somit abgelehnt.

**11. Änderung der Richtlinie der Stadt Ahrensburg für die Umsetzung des "Ahrensburger Stadtgeldes"**

Stadtverordneter Egan erklärt, dass die WAB-Fraktion die 1. Änderung der Richtlinie der Stadt Ahrensburg für die Umsetzung des Ahrensburger Stadtgeldes ablehnen wird. Er geht davon aus, dass auch nach dem Lockdown am 10. Januar weiterhin hohe Infektionszahlen bestehen werden und die Einwohner entsprechend ihre Gutscheine nicht einlösen bzw. die Geschäfte weiterhin geschlossen seien. Er plädiert dafür, das Projekt Ahrensburger Stadtgeld bis auf weiteres zu verschieben.

Stadtverordneter Stukenberg führt im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus, dass den Geschäften nach dem Lockdown wieder Perspektiven eröffnet und die Wirtschaft wieder angekurbelt werden sollte. Er spricht sich für die 1. Änderung der Richtlinie der Stadt Ahrensburg für die Umsetzung des Ahrensburger Stadtgeldes im Namen von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus.

Nach weiteren Wortbeiträgen durch Stadtverordneten Proske von der SPD-Fraktion und Bürgermeister Sarach wird dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2020/141 wie folgt zugestimmt:

„Der 1. Änderung der Richtlinie der Stadt Ahrensburg für die Umsetzung des Ahrensburger Stadtgeldes wird zugestimmt.“

**Abstimmungsergebnis:**            **14 dafür**  
   **4 dagegen**  
   **4 Enthaltungen**

Dem Beschlussvorschlag ist somit zugestimmt.

**12. Übertragung der Sportanlage Reeshoop an den Ahrensburger Turn- und Sportverein von 1874 e. V.  
Nutzungsvertrag**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses Herr Schubbert-von Hobe hält den Sachvortrag.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2020/098/1, der wie folgt lautet, zu:

„Die Bewirtschaftung und Unterhaltung der Sportanlage Reeshoop wird ab dem 01.01.2021 gem. dem in der Vorlage beigefügten Nutzungsvertrag, Anlage 2 der Vorlagen-Nr. 2020/098/1) an den Ahrensburger Turn- und Sportverein von 1874 e. V. (ATSV) übertragen.

2. Der Nutzungsvertrag wird über die Pilotphase von zwei Jahren abgeschlossen um zunächst Erfahrungen mit der Übertragung der Anlage zu sammeln.“

**Abstimmungsergebnis:**

**Alle dafür**

**13. Aufstellung eines Bücherschranks in der Kirschplantage Ahrensburg**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses Herr Schubbert-von Hobe hält den Sachvortrag.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2020/119, der wie folgt, lautet zu:

„Die Stadt Ahrensburg stimmt der Anschaffung eines Bücherschranks (siehe Anlage der Vorlagen-Nr. 2020/119) in der Kirschplantage (auf der Grünfläche des Spielplatzes Nord) und der Einstellung der Mittel in Höhe von 6.000 € in den Nachtragshaushalt 2021 zu.“

**Abstimmungsergebnis:                    Alle dafür**

**14. Antrag der SPD-Fraktion betreffend Fraktionszuschuss**

Stadtverordneter Proske von der SPD-Fraktion stellt nachfolgenden Antrag:

„Die jährliche Zuwendung an die in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen wird für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 zwecks Ausgleich von pandemiebedingten Mehrausgaben im Grundbetrag (§ 1 Nr. 1 Richtlinie der Stadt Ahrensburg für die Gewährung von Zuwendungen an die in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen) von 250 € auf 600 € erhöht.“

Stadtverordneter Proske führt aus, dass pandemiebedingt die politische Arbeit der Fraktionen neu organisiert werden musste. Fraktionssitzungen und Veranstaltungen würden seit dem Ausbruch der COVID-19 Pandemie online oder in hybrider Form stattfinden. Die erhöhten Zuwendungen sollten vor allem Ausgaben in Technik und technischem Support ausgleichen.

Stadtverordnete Koenig erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sich zu dem Antrag enthalten werde, da für diese Ausgaben der Fraktionszuschuss zur Verfügung stehen würde.

Stadtverordneter Kleinschmidt von der CDU-Fraktion plädiert dafür, dass anstatt der Gewährung von Fraktionszuschüssen eine generelle Lösung für die Durchführung von Videokonferenzen in Fraktionssitzungen für sämtliche Fraktionen geschaffen werde sollte.

Stadtverordnete Koenig von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt eine Einzelabstimmung über die einzelnen im Beschlussvorschlag aufgeführten Jahre. Bündnis 90/Die Grünen würde den erhöhten Fraktionszuschuss nicht benötigen.

Stadtverordneter Proske von der SPD-Fraktion zieht seinen Antrag betreffend das Haushaltsjahr 2021 zurück und stellt nachfolgenden geänderten Antrag:

„Die jährliche Zuwendung an die in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen wird für das Haushaltsjahr 2020 zwecks Ausgleich von pandemiebedingten Mehrausgaben im Grundbetrag (§ 1 Nr. 1 Richtlinie der Stadt Ahrensburg für die Gewährung von Zuwendungen an die in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen) von 250 € auf 600 € erhöht.“

Stadtverordneter Dr. Steuer erklärt, dass die WAB-Fraktion dem Antrag auch im Hinblick auf die Ungleichbehandlung zu anderen Fraktionen nicht zustimmen wird.

Anschließend wird über den wie vor aufgeführten geänderten Antrag der SPD-Fraktion wie folgt abgestimmt:

**Abstimmungsergebnis:**                    **9 dafür**  
   **9 dagegen**  
   **4 Enthaltungen**

Der Antrag ist somit abgelehnt.

**15. Antrag der SPD-Fraktion "Luftreinigungsgeräte für Ahrensburger Schulen"**

Stadtverordneter Lamprecht von der SPD-Fraktion stellt nachfolgenden Antrag:

„Die Stadt Ahrensburg erwirbt für alle Klassen- und Gruppenräume der Ahrensburger Schulen professionelle Luftreinigungsgeräte. Diese Geräte müssen den Anforderungen des Schutzkonzeptes 4 für Raumluftbetrieb genügen, um den Unterricht nicht zu stören. Die zu erwartende Investition in Höhe von 1.000.000 bis 1.200.000 € (Schätzungsweise 300 Räume mit je einem Gerät zu ca. 3.500 bis 4.000 €) werden aus den Mehreinnahmen der Gewerbesteuer finanziert.“

Mit der Anschaffung professioneller Luftreiniger sollte die Lebens- und Lernsituation der Kinder verbessert werden, damit wieder ein Stück Normalität in die Bildungseinrichtung einkehren könne. Die regelmäßigen Lüftungen würde eine erhebliche Belastung der Schulkinder darstellen. Mit den professionellen Luftreinigern würde sich die Viruslast reduzieren, sodass mit den mobilen Lüftungsreinigern die regelmäßigen Lüftungen und die Ansteckungsgefahr minimiert werden könnte. Auch nach Ende der Pandemie könnten solche Geräte zur Verbesserung des Raumklimas in den Klassen und Gruppenräumen beitragen. Vier Bundesländer würden zurzeit die Anschaffung der mobilen Luftreiniger fördern.

Stadtverordneter Schubbert-von Hobe stellt im Namen von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nachfolgenden Änderungsantrag (AN 094/2020):

„Der Antrag der SPD-Fraktion Luftreinigungsgeräte für Ahrensburger Schulen sieht vor für alle Klassen und Gruppenräume der Ahrensburger Schulen professionelle Luftreinigungsgeräte (insg. 300 Stück à 3.500 bis 4.000 €) zu beschaffen. Bevor über einen derart weitreichenden Antrag abgestimmt wird, möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt erstens den Bedarf an derartigen Luftreinigungsgeräten an den Ahrensburger Schulen zu ermitteln, sowie zweitens die aktuellen Lieferzeiten der Geräte zu erfragen.“

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht sich grundsätzlich gegen die Anschaffung von Luftreinigungsgeräte für Ahrensburger Schulen aus. Die Geräte würden zu einer erheblichen Geräuschkulisse führen. Das Vorhandensein der Luftreinigungsgeräte führe zu einer Scheinsicherheit. Darüber hinaus sei regelmäßiges Lüften entsprechend der Empfehlung des Bildungsministeriums die wirksamste Maßnahme für einen geregelten Luftaustausch. Der Bedarf der Schulen sei nicht vorher abgefragt worden. Die Schulen, die u. a. eine „feste Klimaanlage“ installiert haben, hätten keinen Bedarf gemeldet. Nach Abfrage hätten die Grundschulen am Schloss und Am Hagen Bedarf für insgesamt elf Testgeräte angemeldet.

Stadtverordneter Schäfer von der FDP-Fraktion erklärt im Namen der FDP-Fraktion, dass der Einsatz der mobilen Luftreinigungsgeräte nicht sinnvoll sei, höchstens als ergänzende Maßnahme. Der Einsatz von mobilen Luftreinigungsgeräten reiche nach Ansicht des IRK nicht aus, um wirkungsvoll über die gesamte Unterrichtsdauer Schwebepartikel z. B. Viren aus der Raumluft zu entfernen. Er führt aus, dass Luftreinigungsgeräte in Schulen sehr viele Einschränkungen hätten und lediglich in Einzelfällen zusätzlich zum Lüften sinnvoll seien. Außerdem bestehe die Gefahr, dass beim Einsatz das zwingend notwendige Lüften unterbleibe oder hinausgezögert werde und sich dadurch die Infektionslage eher verschlechtere als verbessere. Auch aus der Äußerung der Schulen sei ein entsprechender Wunsch nicht erkennbar. Stattdessen sollten Tablettts für die Schüler erworben werden.

Die FDP-Fraktion beantragt als Ergänzung zum Antrag von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgendes:

„Folgende Ziffer 3 wird hinzugefügt:

Bei der Bedarfsermittlung sind die Empfehlungen des Umweltbundesamtes zum Einsatz von mobilen Luftreinigern als Lüftungsunterstützende Maßnahme bei SARS COVID-2 in Schulen“: Nur im Ausnahmefall sinnvoll“ vom 22. Oktober 2020 zu berücksichtigen.“

Stadtverordnete Wolf von der CDU-Fraktion spricht sich gegen den Antrag der SPD-Fraktion aus. Auch entsprechend der Empfehlungen des Robert-Koch-Institutes seien entsprechende Luftreinigungsgeräte lediglich ergänzend zu AHA- und L-Regeln sinnvoll. Sämtliche Klassenräume der Schulen in Ahrensburg seien lüftbar. Testungen führten zu der Aussage, dass 90 % der Viren beim Einsatz von mobilen Luftreinigungsgeräten gefiltert werden würden, wenn die Geräte richtig aufgestellt seien. Die Testräume befanden sich in leeren Räumen und Anbieter von diesen Geräten hätten diese Testung subventioniert. Ein optimaler Schutz würde auch beim Einsatz von Luftreinigungsgeräten ausschließlich bestehen, wenn regelmäßig gelüftet werde. Die Luftreinigungsgeräte würden zu einer trügerischen Sicherheit führen.

Stadtverordneter Schrader von der Fraktion DIE LINKE. stimmt dem Antrag der Fraktion der SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen zu, zunächst sollte jedoch die Sachlage geklärt werden, bevor entsprechende Geräte erworben werden

Es folgen weitere Wortbeiträge durch Stadtverordnete Lamprecht, Schmidt, Schubert-von Hobe und Bürgermeister Sarach.

Stadtverordneter B. Stukenberg von Bündnis 90/die Grünen erklärt, dass mobile Lüftungsgeräte keinen Sauerstoff produzierten und deshalb auch nicht geeignet seien. Eine Lüftung müsste dennoch erfolgen. Er verweist auch auf die Folgekosten.

Stadtverordnete Koenig erklärt, da die Anschaffung der mobilen Luftreinigungsgeräte nach Diskussion nicht sinnvoll sei, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihren wie vor gestellten Änderungsantrag (Antrag AN/094/2020) zur Ermittlung des Bedarfes an Luftreinigungsgeräten zurückzieht.

Stadtverordneter Egan erklärt im Namen der WAB-Fraktion, dass mobile Luftreinigungsgeräte nur erworben werden sollten, wenn dies Sinn mache und auch akzeptiert werde.

Stadtverordneter Proske zieht den Antrag der SPD-Fraktion AN/093/2020 zurück, bittet jedoch im Rahmen der Beratung der 3. Nachtragshaushaltssatzung für den Haushalt 2021 um Klärung der nachfolgenden Punkte:

- Welche konkreten Bedarfe bestehen in den Schulen?
- Wie ist die Marktsituation? Sind die Geräte verfügbar?
- Wie schnell können die Geräte beschafft werden?
- Welche Lüftungen etc. sind in den Schulen bereits vorhanden mit welchen Erfahrungen?

Ein entsprechender Bericht sollte in der Sitzung des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses im Januar erfolgen.

Stadtverordneter Schäfer von der FDP-Fraktion zieht den in dieser Sitzung gestellten Änderungsantrag der FDP-Fraktion entsprechend zurück.

## **16. Jahresabschlussworte des Bürgervorstehers**

Bürgervorsteher Wilde bedankt sich im Rückblick auf das Jahr 2020 bei den Stadtverordneten, die auch die Durchführung der Sitzungen in der Pandemie durch Pairingabsprachen möglich gemacht haben. Er bedankt sich weiterhin bei den Bürgerinnen und Bürgern, die die Stadtverordnetenversammlung mit konstruktiven kritischen und lobenden Beiträgen in der Einwohnerfragestunde begleitet haben. Er drückt sein Dank der Presse für die zielgerichtete Berichterstattung aus und baut auf eine faire Auseinandersetzung in den sozialen Netzwerken.

Weiterhin spricht er seinen Dank den Schulen für die terminliche Flexibilität, gerade in der Corona-Pandemie aus.

Er bedankt sich bei der Verwaltung für die gute und konstruktive Zusammenarbeit, mit einem besonderen Dank an den Fachdienst II.2

Er bedankt sich bei seinen Stellvertretern für die kollegiale Zusammenarbeit und faire Unterstützung.

Er wünscht allen eine schöne restliche Vorweihnachtszeit, ein frohes Weihnachtsfest, besinnliche ruhige Tage als auch einen guten Rutsch ins neue Jahr.

gez. Roland Wilde  
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter  
Protokollführerin